

Gemeinderat in Zeiten der Corona-Pandemie

Immer noch läuft nicht alles nach dem normalen Sitzungsmuster. Der Gemeinderat tagt bei Gemeinderatssitzungen weiterhin mit großem Abstand in der Stadthalle. Lediglich die Ausschuss-Sitzungen finden wieder im großen Sitzungssaal im Rathaus statt. Die 6-köpfige CDU-Fraktion kann sich wieder im Fraktionszimmer treffen. Für Bürger-Kontakte gilt weiterhin: Bitte per Telefon oder mail melden. Wir nehmen dann Kontakt auf. Mit den Lockerungen sind zumindest jetzt auch wieder Vor-Ort-Termine möglich, um das ein oder andere in kleiner Gruppe in Augenschein zu nehmen.

Oder aber mal an einem Event teilzunehmen, wie jüngst beim **Leonpalooza** auf dem Bürgerplatz. Frischluft, viel Abstand. Da kann man dann verschiedene Veranstaltungen, die unser neuer Veranstaltungsmanager Nils Strassburg auf die Beine gestellt hat, genießen.



Genügend Personal im Rathaus?

Der eine kommt um vieles anzupacken wie Nils Strassburg. Andere verlassen aus unterschiedlichen Gründen das Rathaus. Ein Blick in den Staatsanzeiger, die Stuttgarter Zeitung, die Leonberger Kreiszeitung oder auf leonberg.de zeigt den regen Personalwechsel bei der Stadtverwaltung. Dabei sind die Annoncen längst nicht alles. Hinter der Personalsuche steckt viel Arbeit in Fachabteilungen aber auch den Gremien. Manchmal müssen dann aber offene Stellen mehrmals ausgeschrieben werden. Wir fragen uns da schon: Warum gibt es anscheinend so wenige geeignete Personen, die sich bewerben?

Was hält sie von einer Bewerbung ab? Wie wird das Image der Stadtverwaltung gesehen? Welche Angebote kann die Verwaltung als Alleinstellungsmerkmal aufführen? Aber auch: inwieweit sind vielleicht intern Schulungen für Weiterbildung, Führungskompetenz etc. erforderlich, damit Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter sich weiterentwickeln und hocharbeiten können? Und dann gibt es noch Bereiche, wo anscheinend gar kein oder nur wenig Personal gefunden werden kann. Der Markt sei leergefegt, ist dann unter anderem zu hören, z.Bsp. im Bäderbereich. Hier haben wir als CDU-Fraktion auch immer wieder angeregt, dass ausgebildet wird. Das funktioniert aber nur, wenn aktiv auf solch eine Ausbildungsstelle aufmerksam gemacht wird. Hier sehen wir schon noch Handlungsbedarf. Momentan ist die Sauna geschlossen, da das gesamte Personal im Freibad benötigt wird. In Coronazeiten nachvollziehbar, müssen doch Abstandsregeln und Hygienevorschriften verstärkt kontrolliert und eingehalten werden. Aber wir fragen uns schon, ob ohne Corona der Saunabereich hätte betrieben werden können.

Nicht erst seit diesem Jahr gibt es im Bäderbereich immer wieder Engpässe. Diese kann man nach unserer Meinung nur reduzieren, wenn eigenes Personal ausgebildet, geschult und gefördert wird.



Digitalisierung an Schulen

Von Bund und Land werden Schülerinnen und Schüler gefördert, die finanziell nicht in der Lage sind, sich ein Tablet anzuschaffen. Das Sofortausstattungsprogramm bedingt durch Corona macht es möglich. Die Schülerinnen und Schüler erhalten die Geräte als Leihgeräte.

Die Schulen selbst schauen danach, wo Bedarf besteht. Allerdings sind die Kosten für den laufenden IT-Support oder Ersatzbeschaffungen kein Bestandteil des Förderprogrammes und müssen aus dem städtischen Haushalt getragen werden. Positiv auch, dass die Förderanträge zum „Digitalpakt“ nun nachgereicht werden können.

Ursprünglich war vorgesehen, dass erst ein Medienentwicklungsplan erstellt und genehmigt sein muss, bevor Gelder fließen können. Da der Schulalltag nun wegen Covid-19 durcheinandergewirbelt wurde und Digitallösungen an den Schulen schnell umgesetzt werden müssen, können die Formalitäten für die Beantragung später erledigt werden. Die Umsetzung kann aber nur funktionieren, wenn auch Glasfaser/Breitband bzw. WLAN an den jeweiligen Schulen entsprechend ausgebaut sind. Laut Verwaltung soll gerade WLAN mit Fördermitteln aus dem Digitalpakt nun schnell umgesetzt werden. Lange genug hatte gerade die CDU-Fraktion auf digitale Anbindungen bis in die Schulgebäude hinein hingewiesen.



Mitteilung der CDU-Kreistagsfraktion

Klärschlammverwertung im Kreis Böblingen. Die neue Klärschlammverordnung von 2017 regelt insbesondere Anforderungen an die Verwertung von Klärschlämmen zu Düngezzwecken auf landwirtschaftlich genutzten Böden. Das einfache Ausbringen des Klärschlammes zur Nutzung in der Landwirtschaft als Düngemittel ist in Baden-Württemberg ausgeschlossen. Mit der Gesetzesänderung von 2017 wurden die Anforderungen an die bodenbezogene Klärschlammverwertung entscheidend verschärft. Neben einer Reduzierung giftiger Substanzen aus dem Klärschlamm muss der für den Menschen überlebenswichtige Rohstoff Phosphor zurückgewonnen und damit wieder verwertbar gemacht werden (Kreislaufwirtschaft). Dies ist die Ausgangssituation, die der Gesetzgeber vorgibt. Die Städte und Gemeinden im Kreis Böblingen sind verpflichtet bis spätestens 2029, in Ausnahmefällen bis 2032 die Klärschlämme nach den gesetzlichen Vorgaben zu entsorgen.

Seit mehr als drei Jahren befasst sich der Zweckverband RBB (Restmüllheizkraftwerk Böblingen) mit dieser Frage wie eine günstige Entsorgungsmöglichkeit geschaffen werden kann. Am 6. Dezember 2019 hat die Zweckverbandsversammlung des RBB die Geschäftsführung beauftragt, mit den Städten und Gemeinden im Kreis und im Verbandsgebiet eine Zweckverbandslösung für die Verbrennung der Klärschlämme einzuleiten. Die Kommunen im Kreis sind wohl im Grundsatz bereit, einem Zweckverband beizutreten. Sie können dies aber erst dann vollziehen, wenn sie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kennen. Die CDU-Kreistagsfraktion hat am 4. April 2020 eine umfangreiche Anfrage zu der Thematik im Kreistag eingebracht. Hierbei ging es insbesondere um die Frage ob in einer Pyrolyse-Anlage die Klärschlämme ebenso ökologisch und ökonomisch entsorgt werden können.

In der Anfrage hat die Fraktion auch das Thema der verkehrlichen Auswirkungen ins Gespräch gebracht und **eine frühzeitige Öffentlichkeitsarbeit** gefordert.

Der Gemeinderat der Stadt Böblingen stimmt dem Grunde nach einer solchen Anlage zu.

Die Absichtserklärung mit dem Kreis ist unterzeichnet. Die Gewinnung von Strom und Wärme ist dabei von besonderer Bedeutung für die Stadt. In der Sitzung des **Kreistag am 27. Juli 2020** habe ich folgende Stellungnahme abgegeben: (Auszugsweise)

1. Das Gelände beim Restmüllheizkraftwerk (RBB) bietet sich für die Verbrennungsanlage an. Es muss kein Wald geopfert werden. Die Infrastruktur ist vorhanden.
2. Die Synergien für den Betrieb sind in Zusammenarbeit mit dem RBB offensichtlich. Beide Einrichtungen können profitieren.

3. Die zusätzliche Verkehrsbelastung hält sich in Grenzen. Dies muss allerdings in der Bürgerbeteiligung gründlich dargelegt werden.
4. Für unsere Fraktion war der Nachweis bedeutend, dass die Verbrennung ökologisch und ökonomisch der Pyrolyse vorzuziehen ist.
5. Wir erwarten, dass eine Anlage auf dem höchsten Umweltstandard gebaut wird. Eine Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung oder eine Geruchsbelästigung ist auszuschließen. Wir erwarten den gleichen Umweltstandard wie beim RBB.
6. Für eine wirtschaftliche Anlage sind mindestens 100 000 Tonnen entwässerter Klärschlamm nötig. Aus dem Kreis Böblingen und dem Verbandsgebiet des RBB kommen lediglich ca. 67 000 TO zusammen. Deshalb müssen weitere Partner für den neuen Zweckverband gefunden werden. Hier bieten sich Kommunen aus dem Kreis Esslingen an.
7. Wir sind gegen eine Landesanlage. Ein Volumen von 120 000 TO ist für unsere Fraktion die absolute Obergrenze. Mit der Stadt Sindelfingen sind Gespräche aufzunehmen. Die Städte Böblingen und Sindelfingen betreiben gemeinsam einen Zweckverband Abwasserbeseitigung.
8. Unsere Fraktion hat großes Vertrauen in unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Sie werden einem Baubeschluss im Zweckverband nur zustimmen, wenn sie davon überzeugt sind, dass eine wirtschaftlich und ökologisch sinnvolle Anlage errichtet werden kann. Planungssicherheit, Kostensicherheit und Entsorgungssicherheit sind wichtig. Dabei muss ein günstiger Verbrennungspreis, der deutlich unter dem Marktpreis liegt, das Ziel sein.
9. In einer umfassenden Bürgerbeteiligung müssen jetzt alle Fakten auf den Tisch.
Helmut Noe CDU-Kreistagsfraktionsvorsitzender



Anmerkung der CDU-Fraktion Leonberg zu diesem Thema:

Bis kurz vor den Sommerferien war den Gemeinderäten nur bekannt, dass die Verwaltungsspitze zu dem Thema Klärschlammverwertung eine Absichtserklärung abgegeben hat. Das Gremium hat sich mit der Thematik noch nicht intensiv beschäftigen können. Andererseits gibt es vom RBB einen Fahrplan. Danach müssten die Kommunen eigentlich schon mitgeteilt haben, ob sie sich an dem Zukunftsprojekt beteiligen. Auf Grund von Corona wurde der Meldetermin auf Herbst verschoben. Nun ist es dringend erforderlich, dass die Stadtverwaltung die Informationen und Unterlagen aufarbeitet, damit sich der Gemeinderat nach den Ferien gründlich mit dem Thema befassen kann.

Wir sind erreichbar!

Im Moment finden **keine Sprechstunden** statt. Erreichen können Sie uns unter: info@cdu-fraktion-leonberg.de oder 07152-41761 (AB). Wir kümmern uns um Ihre Anliegen!

Bleiben Sie gesund! Passen Sie auf sich auf!

Und: Wir wünschen Ihnen trotz allem eine schöne *Sommerzeit*

